

Beschlüsse der Mitgliederversammlung 2016

Sozialpolitik

Pflegende Angehörige bei der Flexirente berücksichtigen

Der Deutsche Frauenrat setzt sich bei den Abgeordneten des Deutschen Bundestages und den zuständigen MinisterInnen dafür ein, dass auch bei dem anstehenden Gesetzgebungsverfahren „Flexirente“ zu flexiblen Übergängen vom Erwerbsleben in den Ruhestand pflegende Angehörige berücksichtigt werden. Sie sollen, wenn sie nach Beginn ihres Rentenbezuges weiter Angehörige pflegen, die Möglichkeit erhalten, dafür Anwartschaften in der gesetzlichen Rentenversicherung zu erwirtschaften. Ziel ist die Pflege von Angehörigen auch nach Renteneintritt durch Rentenanwartschaften anzuerkennen.

Kindererziehungszeiten von Beamtinnen vor 1992

Der Deutsche Frauenrat fordert die Bundesregierung, die 2014 in der Rentenversicherung eingeführte Verbesserung der Anerkennung von Kindererziehungszeiten für Kinder mit Geburtsdatum vor dem 1.1.1992 im Beamtenrecht des Bundes und der Bundesländer wirkungsgleich nachzuvollziehen, um im Gleichklang mit der Anerkennung von Erziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder auch im Beamtenrecht besser als bisher anzuerkennen.

Abschläge in der gesetzlichen Rente durch paritätische Finanzierung verhindern

Der Deutsche Frauenrat fordert die Bundesregierung auf, in der gesetzlichen Rente die Möglichkeit für die rentennahen Jahrgänge zur Zahlung zusätzlicher Beiträge zum Ausgleich von Rentenminderungen (Vermeidung von Abschlägen) zu verbessern, indem die paritätische Finanzierung dieser zusätzlichen Beiträge im § 187a SGB VI sichergestellt wird.

Arbeits- und Wirtschaftspolitik

Wirksames Lohngerechtigkeitsgesetz endlich auf den Weg bringen!

Der Deutsche Frauenrat bekräftigt seine bisherigen Forderungen zur Herstellung von Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern. Aus Anlass des vorliegenden Referentenentwurfes zum „Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit zwischen Frauen und Männern“ fordert der Deutsche Frauenrat die Bundesregierung auf, ein für alle erwerbstätigen Frauen wirksames Gesetz in den Bundestag einzubringen, das noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet wird.

Zwingend erforderlich sind Regelungen, die

- einen individuellen Auskunftsanspruch für Beschäftigte in allen Unternehmen sicherstellen;
- Unternehmen nicht nur auffordern sondern verpflichten, mit geeigneten Instrumenten Entgeltdiskriminierung aufzudecken und zu beseitigen;

- Berichtspflichten zu Entgeltunterschieden nicht nur für Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten vorsehen.

Die Mitgliederversammlung beauftragt den Vorstand, die Forderungen aktiv zu vertreten.

Als eine Möglichkeit der Einflussnahme im politischen Prozess betrachtet die Mitgliederversammlung insbesondere ein Bündnis aus gleichstellungspolitisch orientierten Verbänden, das sich in einem offenen Brief an Kanzlerin Merkel und die Abgeordneten des Deutschen Bundestages wendet, um die Anliegen der Frauen zu transportieren.

Die Mitgliederversammlung fordert die Mitgliedsverbände auf zu prüfen, ob sie gegebenenfalls einen offenen Brief als Erstunterzeichnende mittragen können.

Gesundheitspolitik

Wirkungsunterschiede von Arzneimitteln beachten

Der Deutsche Frauenrat fordert die Bundesregierung dazu auf, Maßnahmen zu ergreifen, um den Genderaspekt bei der Arzneimittelforschung und der Arzneimittelzulassung zu stärken. Dabei gilt es, verstärkt für Wirkungsunterschiede von Arzneimitteln jeweils bei Frauen, Kindern, Männern und Seniorinnen und Senioren zu sensibilisieren. Dies muss auch für Bestandszulassungen gelten.

Gewalt gegen Frauen und Kinder

40 Jahre Frauenhäuser: Gewalt gegen Frauen beenden! Zugang zu Schutz und Hilfe für alle Frauen gewährleisten! Frauenhausfinanzierung endlich sichern!

Der Deutsche Frauenrat fordert die Bundesregierung auf:

- den schnellen, sicheren, barrierefreien und unbürokratischen Zugang für alle von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder - besonders auch Flüchtlingsfrauen - zu Schutz und Hilfe in einem Frauenhaus ihrer Wahl zu gewährleisten und die dafür erforderlichen Maßnahmen zu treffen
- Frauenhäuser verlässlich und einzelfallunabhängig auf gesetzlicher Grundlage zu finanzieren und eine Finanzierung von Frauenhäusern auf der Grundlage von Tagessätzen grundsätzlich auszuschließen, da sie den Zugang zu Schutz und Hilfe unnötig erschwert
- die Finanzierungsverantwortung zu übernehmen und entweder selbst zügig ein Gesetz zur einzelfallunabhängigen Finanzierung von Frauenhäusern als überregionale Einrichtungen auf den Weg zu bringen oder die Länder und Kommunen (bspw. ähnlich wie im Kinderförderungsgesetz) gesetzlich zu verpflichten und finanziell zu unterstützen, damit diese ihre Verantwortlichkeit erfüllen.

Sexuelle Belästigung unter Strafe stellen

Der Deutsche Frauenrat fordert eine Reform des Sexualstrafrechts im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zur Verbesserung des Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung, damit ein besserer strafrechtlicher Schutz vor sexueller Gewalt gewährleistet wird. Sexuelle Belästigungen, die unterhalb der Schwelle sexueller Nötigung liegen, müssen unter Strafe gestellt werden.

Flüchtlings-, Integrations- und Migrationspolitik

Ausbildung und berufliche Integration geflüchteter Frauen und Mädchen

Der Deutsche Frauenrat fordert die Bundes- und Landesregierungen sowie die Sozialverbände auf, sich in besonderem Maße für die Unterstützung und geeignete Rahmenbedingungen für die „Ausbildung und

berufliche Integration von geflüchteten Frauen und Mädchen einzusetzen. Dazu gehört es auch, die Familien über Bildungschancen zu informieren, ihnen mögliche Bildungswege und Abschlüsse aufzuzeigen sowie flankierende, unterstützende Maßnahmen anzubieten.

Schutz für geflüchtete Opfer von Menschenhandel

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Unter den in die Bundesrepublik flüchtenden Frauen befinden sich auch Betroffene von Menschenhandel. Für sie gilt es besondere Schutzmaßnahmen zu schaffen.

In Ergänzung seiner Beschlusslage zum Schutz geflüchteter Frauen fordert der Deutsche Frauenrat deshalb:

- Regelmäßige Schulungen von Mitarbeiter_innen in Flüchtlingsunterkünften, um sie für das Erkennen von Menschenhandel zu sensibilisieren (Forderung an das BAMF / Betreiber von Unterkünften)
- Eine regelmäßige Schulung von Erstentscheider_innen in den Asylverfahren, um sie für das Erkennen aller Formen von Menschenhandel zu sensibilisieren (BAMF)
- Eine engere Zusammenarbeit der beim BAMF bestellten Sonderbeauftragten für Betroffene von Menschenhandel mit den entsprechenden Fachberatungsstellen (BAMF)
- Einen besseren Zugang von Mitarbeiter_innen der Fachberatungsstellen zu den Flüchtlingsunterkünften (Betreiber)
- die Einrichtung von Sprechstunden der Fachberatungsstellen in den Unterkünften, soweit Ressourcen bei den FBS vorhanden sind und diese es für sinnvoll erachten (Betreiber bzw. Kostenübernahme durch die Kommunen)
- die Bereitstellung von Informationen über die Rechte von Frauen und die bestehende Beratungsstruktur (BAMF / Betreiber)
- Angemessene Ausstattung der Fachberatungsstellen für die Übernahme dieser zusätzlichen Aufgaben (Bundesländer oder BMFSFJ als Modellprojekte)
- Verstärkte Angebote von Betreuungs-, Beratungs- und Unterbringungsmöglichkeiten, die den Traumatisierungen der Betroffenen entsprechen (Bundesländer und BMI)